

A.1.6

Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,
MdL Julia Bonk

1. Antrag A.1.6:

Ersetzung in Zeile 1255

„[...] in allen Altersgruppen anzutreffen.“ in „**in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen.**“

Begründung:

Rechte menschenfeindliche Gedanken sind nicht nur altersgruppenvariabel, sondern zieht sich durch alle gesellschaftliche Bereiche.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

2. Antrag A.1.6:

Ersetzung in Zeilen 1259 – 1261 den gesamten Satz durch

„DIE LINKE wird sich weiter dagegen einsetzen, dass es nazistischen Gruppen und ihren oft gewalttätigen Anhängerinnen und Anhängern gelingt, neue Angstzonen zu errichten oder alte aufrechtzuerhalten, in denen es für viele Menschen quasi unmöglich ist frei zu leben.“

Begründung:

Nicht immer sind die „AnhängerInnen rechter Gruppen" "oft gewalttätig". Beispiele seien hier Kirchengemeinden oder CDU Mitglieder. Darüber hinaus ist es wichtig, festzuhalten, dass es bereits solche Angstzonen - vor allem im weniger urbanen Gebiet - gibt. Besonders Betroffen sind MigrantInnen und andere nicht ins Weltbild der Nazis passende Menschen. Beides wird im vorliegenden Text unzureichend dargestellt.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

3. Antrag zu A.1.6:

Ersetzung der folgenden Passage in den Zeilen 1296 – 1299:

„Deshalb setzt sich DIE LINKE Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegspunkten sowie Sozialtickets auf regionaler Ebene ein.“

durch

„Deshalb setzt sich DIE LINKE Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegspunkten, Sozialtickets auf regionaler Ebene und einer Senkung der Fahrpreise im Allgemeinen ein. Der ÖPNV sollte von allen Einwohnern einer Region finanziert werden, unabhängig von der Nutzung.“

Begründung:

Die Einführung von Sozialtickets ist wichtig für die Mobilität sozial benachteiligter Menschen, daher sehr zu begrüßen. Um aber auch Normalverdiener zum Umsteigen auf Bus und Bahn zu bewegen, ist es wichtig die Fahrpreise des ÖPNV drastisch zu senken. Die Co.-Finanzierung sollte von allen Bürgern der betreffenden Region realisiert werden, unabhängig davon, ob sie mit dem Auto oder dem Bus fahren. Sinkende Emissionen wie CO₂, Stickoxide, Feinstäube, Lärm und die Schonung natürlicher Ressourcen bevorteilen alle Menschen gleichermaßen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

4. Antrag A.1.6

Ergänzung des am Ende der Zeile 1339:

„Mittelfristig setzen wir uns für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ein.“

Begründung:

Die ineffizienteste Art der Stromgewinnung ist die Verfeuerung von Braunkohle. Tagebaue zerstören Landschaften; Kraftwerke verschmutzen trotz aufwendiger Reinigungstechnik die Atmosphäre und der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid verändert unser Klima. Zudem zementiert die Braunkohleverstromung die Marktmacht einzelner Unternehmen und verhindert den Ausbau erneuerbarer Energien. Nur ein klares Ausstiegserkenntnis wie bei der Kernenergie sorgt für Anreize in moderne Gaskraftwerke und erneuerbare Energien großflächig zu investieren.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

5. Antrag A.1.6:

Ersetze in Zeile 1339

„Den Emissionshandel als solchen kritisieren wir, da dieser zu einer Kapitalisierung des CO2-Redukziionsziels führt. Wir fordern klare staatliche Vorschriften zur Verminderung von CO2.“

Begründung:

Der Emissionshandel wird zum einem nicht sachbezogen umgesetzt. Alle großen Kraftwerksbetreiber bekommen die Zertifikate derzeit vom Staat geschenkt, obwohl diese im Strompreis kalkuliert sind. Zum anderen finden Reduzierungsmaßnahmen kaum statt. Wenn dann ein Kraftwerksbetreiber Maßnahmen für den Klimaschutz unternommen hat, kann dieser die eingesparten Zertifikate an andere Betreiber verkaufen, die dann weiter CO₂ ausstoßen können. Zwar ist dies ein Wettbewerbsvorteil für die sauberen Betreiber, doch dauert die Umsetzung viel zu lange und berechtigt andere weiterhin zum unbeschränkten Ausstoß von CO₂. Staatliche Regelungen, wie es sie bei Schadstoffen (Feinstaub, Stickoxide, Schwefeldioxid u. a.) gibt, sollten auch bei CO₂ greifen und nicht durch Ablasshandel versucht werden zu verringern.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	